

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Biedrich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 268.

Neuenbürg, Montag den 17. November 1919.

77. Jahrgang

## Der Skandal.

Wir Franzosen wollen frei sein, um zu befreien!  
Clemenceau.

Die kalte Jahreszeit hat begonnen, neue Verzögerungen der Ratifikation des Friedensvertrages sind zu befürchten und der Skandal der Zurückhaltung der Kriegsgesangenen in Frankreich dauert noch immer. Aber, so fragt die „Frankfurter Zig.“, ist nicht Kardinalier noch als diese unerhörte Tatsache an sich die Beschuldigung, mit der die europäische Gesellschaft, das europäische Bürgerturn, die weltlichen und geistlichen Führer der bürgerlichen Kultur Europas einer Entschleunigung gegenübersehen, von der längst niemand mehr zweifelt, daß sie nichts anderes als die Wiederherstellung der Sklaverei im 20. Jahrhundert bedeutet? Es bleibt ungenügend nichts anderes übrig, als immer von neuem die Stimmen der Opfer des moralischen Bolschewismus vernahmen zu lassen, den die französische Regierung betreiben darf, ohne daß sich an allen Enden der Welt die Stimmen derer erheben, denen noch daran gelegen ist, daß die Moral der bürgerlichen Gesellschaft nicht zum Spott und reiß zum Abbruch werde.

Aus dem Gefangenlager von St. Quentin bei St. Quentin die Beschreibung des „Gefängnisses“, für das selbst dieses Wort noch eine Schmeichelei ist und in das die Gefangenen unter den schlauesten Vorwänden gesteckt werden:

„Da, unser „Reison“, das muß man gesehen haben, um die französische Menschlichkeit zu erfassen. Es besteht aus vier Wänden im Quadrat von 1 1/2 Metern, 2 Meter hoch umgeben mit Stacheldraht, aber auch nur mit Stacheldraht! Aufenthalt der Arrestanten Tag und Nacht, mit zwei Decken, je nach dem „Verwehen“ bemessen. Ueberlege Dir, was es heißt, in einem solchen Käfig bei Nacht und Regen zu sein.“

Aber auch außerhalb des Gefängnisses herrschen unerträgliche Zustände:

„Henden haben viele Kameraden nicht mehr. Ich habe vor einigen Tagen unter hundert Mann 23 festgestellt mit nur einem Hund, das sie auf dem Körper tragen und das ganz zerissen ist, an Wände und Unterseiten anderer Art gar nicht zu reden. Schon Monate haben wir dergleichen nicht mehr erhalten. Auch die Schuhe sind sehr schlecht. Schuhmacher von uns verlassen die Schelle, die kaum noch diesen Namen verdient, wieder herstellen. Dazu nötiges Material müssen wir selbst zahlen, indem man uns 5 Prozent auf die Kantinenmarken schlägt, die ohnehin schon Spezialpreise für uns haben. All dies von unserem Tagelohn von 90 Centimes!“

Den Offizieren der Entente-Kommissionen, denen unter den Berliner Gasthäusern nur die ärmlichsten gut genug sind, widmen wir die folgende Beschreibung der dem Focherbild des Majors a Drouot ohne Zweifel entgangenen Behaltungen, die in den höhlenartigen von Loon und Soissons zu „Wohnungen“ für Kriegsgesangene geeignet erachtet werden.

Datum Oktober 1919:

„Ich habe Euch in mehreren Briefen unsere Stinzhöhle geschildert, diese Mobergroße, in der drei- bis vierhundert Mann ein langsam kommendes, aber sicheres Grab finden werden, wenn sie nicht bald erlöst werden. Keine Heizung in nassen und kalten Lagern, kein Tageslicht, keine frische Luft, keine Beleuchtung. Wende bei Eintritt der Dunkelheit hineingetrieben in diese Grube wie Vieh in den Schlachthof. Während der Arbeit wird von den Kösten getrieben: alles, trassaliez!“

Von der Verweisung, die sich der Unglücklichen bemächtigt hat, macht man sich ohne Rücksicht eine Vorstellung, wenn man sieht:

„Es befinden sich unter uns Leute, die schon über fünf Jahre gefangen sind. Wir haben hier Familienoberhäupter, die über 45 Jahre alt sind und zu Hause Frau und zwei, drei, vier Kinder haben. Sollen solche Menschen nicht verzeihen.“

Ein anderer klagt, es wäre noch gerade besser, die Gefangenen in Massen umzubringen:

„Das wäre nicht bößlicher anzusehen, als an der französischen Grenze, wo die Jostillen mit Jagdgewehren und Hunden auf (schlechte) Kriegsgesangene Jagd machen oder das Bild der Sklaverei in Nordfrankreich, wo die Jostillen sich jeden Morgen ihre Kriegsgesangenen nach Guebünnen holen.“

Frage an das europäische Bürgerturn: Wo wird heute die Achtung vor der bürgerlichen Moral am wirksamsten untergraben? Wo ist der gefährlichste Bolschewismus?

## Deutschland.

Stuttgart, 14. Nov. Der Landtagsabgeordnete Hanfer ist als Vizepräsident ins Reichsfinanzministerium bzw. ins württembergische Landesfinanzamt mit dem Titel Regierungsrat berufen worden; nach demselben Blatt wird auch Abgeordneter Zell eine Stelle als Regierungsrat in demselben Departement erhalten.

München, 14. Nov. Der Oberbefehlshaber des bayerischen Reichswachtregimentkommandos Nr. 4, Generalmajor von Mohl, hat das Erscheinen der unabhängigen Zeitung „Der Kampf“ wegen Verleumdung der Einwohnerwehren gegenüber dem Feinde auf 4 Tage verboten. — Eine große Organisation hat sich in München gebildet: sie ist zum Schutz gegen die Vereinfachung Deutschlands nach dem Muster Frankreichs gedacht. Sie nennt sich „Deutscher Bund“ und bezeichnet sich als Volksaufklärung und deutscher Föderalismus. — Das Ministerium des Äußeren in München hat dem Landtag den Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung der bayerischen Gefandtschaften in Stuttgart und Dresden gegeben lassen. Auch die Berliner will man aufheben.

Berlin, 14. Nov. Um der Wohnungsnot in den Bergbaubetrieben zu steuern und die Kohlenförderung zu heben, ist, wie der „Vorwärts“ schreibt, die schleunige Errichtung von etwa 100 000

Bergarbeiterheimstätten geplant. Die Steigerung der Produktion bei einer so starken Vermehrung der Bergarbeiterbelegschaften dürfte man auf 30 Millionen Tonnen Kohlen veranschlagen.

Berlin, 14. Nov. Wie die „B. Z. am Mittag“ behauptet, sei der deutschen Regierung bekanntlich vor einigen Tagen eine Rundgebung des Financrats der a. und a. Wäpste zugewandt, in der die oberste Reichsbehörde für Ruil und Nichtig erklärt wurde. An zuständiger Stelle ist von einer solchen Erklärung nichts bekannt. Falsch ist daher auch die Behauptung des genannten Blattes, daß die deutsche Regierung in einer ausführlichen Note auf die Note des Financrats geantwortet habe.

Berlin, 14. Nov. Die Verordnung gegen die Kapitalflucht tritt am 1. Dezember ds. Js. in Kraft. An ein Hinusschieben der Verordnung aus irgendwelchen Gründen sei nicht gedacht. — Infolge Kohlenmangels sind die höchsten Handwerke und die chemische Fabrik Griselein-Geitron zu einer fast gänzlichen Betriebs Einschränkung gezwungen. Durch die Stilllegung dieser heimischen Werke sind ungefähr 10 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Die Stilllegung ist auch deshalb bedauerlich, weil sie zu großen Lieferungen für die Entente verpflichtet sind, wodurch unsere Balua erheblich verbessert werden könnte. — Die französischen Militärbehörden haben den Bürgermeistern der Gemeinden der West- und im Saargebiet mitgeteilt, daß sie abgelehnt und ausgewiesen würden, wenn sie nicht sorgten, daß die Heizung in den Quartieren der französischen Truppen ausreichend sei. — General Andauer, der oberste militärische Beamte des Saargebietes, hat das Recht auf Arbeitseinstellung aufgehoben. Für den Fall eines Streiks wird ein Sondergericht in Saarbrücken errichtet, das mit weitgehender Strafbeherrschung gegen zumbehandelnde Arbeiter ausgestattet ist. — Dem sachsenburgischen Landtag ist ein Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem früheren Großherzog zugegangen. Nach dem Gesetzentwurf verzichtet der Großherzog auf den Besitz des Kronenquiers und der Jostille. Die das Kronengut bildenden Grundstücke gehen in das Eigentum des Staates über, mit Ausnahme des Culliner Schlosses und seines Zubehörs.

## Die Deutsche demokratische Partei und das Betriebsrätegesetz.

Stuttgart, 14. Nov. Die Deutsche demokratische Partei beschäftigt sich in Vortrags- und Erörterungsabenden mit dem Betriebsrätegesetz. Nach einem Referat des Abg. Bager wurde folgende Entschließung zur Betriebsrätefrage gefaßt: Die Verlesung stellt sich auf den grundsätzlichen Boden des Betriebsrätegesetzes und billigt die Haltung der Deutschen demokratischen Fraktion des Reichstags, die für das Zustandekommen des Gesetzes aus sachlichen Gründen einer Demokratisierung des Wirtschaftslebens eintritt. Sie beantragt die Fraktionsmitglieder, mit allen Mitteln auf eine sachgemäße Lösung der zweifelhaften Einzelfragen hinzuwirken. Nach einem weiteren Referat des Abg. Herrmann-Neukirchen einigte sich die Versammlung auf die Entschließung, die der Parteiaussschuß für Industrie und Handel in Württemberg schon vor einigen Wochen angenommen hatte. Es heißt dort: Die Versammlung hält die Einrichtung von Betriebsräten für durchaus möglich und auch natürlich, wenn sie ihre Befugnisse auf die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten erstrecken. Eine Ausdehnung ihrer Befugnisse auf mitbestimmende Einmischung in die technische und kaufmännische Betriebsleitung ist aber im Interesse einer ungehinderten Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft und damit auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Arbeiterschaft abzulehnen.

## Reichstanzler Bauer über die Kohlenbelieferung Süddeutschlands.

Berlin, 15. Nov. Auf ein vom bayerischen Handelsminister an den Reichstanzler gerichtetes Telegramm, das auf die in Süddeutschland kursierenden Gerüchte hinweist, man beabsichtige in Berlin aus Transportrückfällen die ganze süddeutsche Industrie stillzulegen und nur noch norddeutsche Industrien mit Kohlen zu beliefern, ist vom Reichstanzler Bauer Antwort ergangen, in der es heißt:

Die starken Einschränkungen in der Kohlenbelieferung erfolgten grundsätzlich im ganzen Reiche gleichmäßig. Unabsehbare, aus der tatsächlichen Lage sich ergebende Unregelmäßigkeiten sind vorübergehend nicht zu vermeiden. Deshalb ist gerade die jetzige Sperre des Personenverkehrs verhängt, um besonders Süddeutschland stärker mit Kohlen zu versorgen. Der tägliche Streckenverkehr nach Süddeutschland konnte dadurch nahezu verdoppelt werden. Da lebenswichtige Industrien zuerst berücksichtigt werden, ist auch in Norddeutschland bei anderen Betrieben vielfach eine Stilllegung unabwendbar, wie z. B. bei den wichtigen Mitteldeutschen Kollwerken, die wegen Kohlenmangels nicht arbeiten können. Abhilfe kann nur möglich werden, wenn die jetzige verstärkte Abladung durch dauernde gute Leistungen in den Eisenbahnpferkstätten ausfällt und wenn möglich noch gesteigert wird. Dafür bitten wir auch die durch die Arbeitseinstellung bedrohten Arbeiter ihre Stimme zu erheben.

## Kein Optimismus in der Kohlenversorgung.

Von amtlicher Seite wird geschrieben: Die in der Presse erschienenen Mitteilungen über die Besserung der Wagensstellung und Verstärkung der unmittelbaren Zufuhren von den Zechen mit der Eisenbahn nach Süddeutschland, haben allgemein den Eindruck hervorgerufen, als ob nun auf einmal die Kohlenversorgung des Landes sich schon gebessert habe. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Es sind heute wohl größere Mengen zum unmittelbaren Versand von der Zeche auf der Bahn vorgelesen, allein diese Mengen treffen erst allmählich ein, und die beinahe vollständige Verkehrsperre hätte keine Wirkung, wenn nicht daran anschließend noch eine wesentliche Verkehrserschran-

kung bestehen bleiben würde. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn unter den heutigen Verhältnissen eine sehr begrenzte ist und die Hauptmengen eben noch immer über die Wasserstraßen kommen müssen. Dieser ist nun in den letzten Tagen der Rheinwasserstand dauernd im Fallen begriffen, so daß wieder mit einer verminderten Leistungsfähigkeit der Rheinschifffahrt gerechnet werden muß. Es kann nicht oft genug betont werden, daß die Zufuhrverhältnisse erst dann eine erhebliche Besserung erfahren, wenn der Rheinwasserstand wieder durch längere Zeit hindurch besser wird.

## Die Verkehrserschänkungen bis Ende des Jahres.

Berlin, 15. Nov. Wie aus dem Reichsministerium gemeldet wird, ist mit einer Verkehrserschänkung bis zu 20 Prozent des Friedensfahrplanes für die Zeit bis zum 31. Dezember zu rechnen. Hauptsächlich wird um die Weihnachtszeit mit starken Einschränkungen gerechnet werden müssen. Eine vollständige Verkehrsperre soll in Zukunft vermieden werden. In der Zeit zwischen den Jahren soll verjagt werden, die Anzahl der Transportzüge zu beheben. Da von einer Kohlennot im engeren Sinne nicht mehr gesprochen werden kann, hofft man, mit Beginn des neuen Jahres die Personenzüge wieder perferieren zu lassen. Die Schaffung einer Kohlenlittatur ist in Aussicht genommen.

## Ueber den Untersuchungsausschuß.

Berlin, 15. Nov. Die „Germania“ glaubt darauf hinweisen zu müssen, daß in der Verhandlungsart des Untersuchungsausschusses mancherlei zu Tage getreten sei, was geändert werden müsse und bei allseitigem guten Willen auch geändert werden könne. Es solle nicht dazwischen kommen, daß bei jeder Gelegenheit eine Vertiefung der Gegenstände in dem ohnehin schon allzuweit gespaltenen Roff geschaffen werde.

Im roten „Tag“ schreibt Graf Poldowski: Die Geschichte lehrt, daß nach jedem großen Volksunglück eine Jagd nach den Schuldigen begann und daß sich an dieser Jagd auch solche Personen beteiligten, welche die zu dem Unglück führenden Vorgänge entweder gleichgültig mit angesehen oder selbst lebhaft unterstützt und heubelt hatten. Die Galerie des Auslands schüttelt erlaunt den Kopf über die Vorgänge im Untersuchungsausschuß.

## Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Berlin, 14. Nov. Vom 25. September bis 18. Oktober haben aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte deutsche Sachverständigen-Kommissionen Befähigungsfahrten in den zerstörten Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Eindruck von den typischen Zerstörungspunkten und Schadengruppen, sowie von der Wiederherstellungsarbeit zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte. Der erstellte Sachverständigen-Bericht wird in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilt. Auf allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgesangene bei der Arbeit gesehen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung schreibt, durch diese Reise erneut seinen Willen zum Ausdruck gegeben, nach Kräften am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Es war aber nun sehr wünschenswert, heißt es weiter, wenn endlich darüber Klarheit geschaffen würde, ob Frankreich die Arbeiter zum Wiederaufbau haben will oder nicht. Die Meinungen der französischen Öffentlichkeit darüber wechseln täglich.

## Ablösung der Kriegsgesangenen durch deutsche Arbeiter.

Berlin, 15. Nov. In einer von den freien Gewerkschaften in Köln veranstalteten Versammlung wurde nach der Feststellung, daß augenblicklich in Nordfrankreich 250 000 deutsche Gefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien, eine Entschlieung angenommen, nach der sich die deutsche Arbeiterschaft bereit erklärt, die Kriegsgesangenen durch freie Arbeiter abzulösen und tatkräftig am Wiederaufbau des zerstörten Frankreich mitzuwirken.

## Ein Minister als Schieber.

Zu der Meldung, daß an der deutsch-schweizerischen Grenze ein deutscher diplomatischer Kurier mit einem Gepäck von 600 Kilogramm Kaffee, Zigaretten, Schokolade usw. angehalten wurde, erzählt die „Mannheimer Tribune“, daß die Sendung für den sozialdemokratischen Minister Gradnauer in Dresden bestimmt war. Die Minister hatten die Angelegenheit verschleiern wollen, aber das Reichswunderamt habe die Verfolgung der Schmugglergeschäfte aufgenommen. Da tut Aufklärung not. Das Gemeldete erscheint ungläublich.

## Ausland.

Budapest, 14. Nov. Die von französischen Offizieren begleitete Vorhut der Armee Horik zog heute unter dem Oberst Behar, von der Bevölkerung stürmisch begrüßt, in Budapest ein, nachdem die Rumänen die Stadt im Laufe der Nacht geräumt hatten. Die Ordnung wurde nirgends gestört; doch feuerten rumänische Soldaten jenseits in die Luft.

Haag, 15. Nov. Der holländische Minister des Äußeren erklärte, Holland werde Belgien für den Zwischenfall von Broekens, wo ein belgischer Schiffer durch niederländische Fischer beleidigt und eine belgische Fahne verbrannt wurde, volle Genugtuung geben.

Haag, 14. Nov. Während der ersten 10 1/2 Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes sind aus Großbritannien nach Deutschland Waren im Werte von 16 Millionen Pfund Sterling ausgeführt worden, während sie von Deutschland für 217 000 Pfund Sterling Waren erhalten haben.

Antwerpen, 14. Nov. Der Abgeordnete Hendricks wurde wegen Unverständnis mit dem Feind zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

## Anzeigengeld.

Die einseitige Petition über Herrn Naam 2... außerhalb des Enztales 30 J. bei Unterhaltung durch die Behörden... 30 J. extra... Bei größeren Aufträgen... 1 Jahr des Monats... beifällig wird.

Schluß der Anzeigen... Annahme 4 Uhr... Preisprophet Nr. 4... für Zeit, Anträge sind... finanziel Gemüthe... kommen.

Wäsche-  
nahmestelle  
Dampfwa  
Birkenfeld  
Neuenbürg,  
vorheimerstraße 12  
Obst  
umgetauscht  
Fabrik Höfen/Enz  
Liebenzell  
vorzügliches  
Bodenöl,  
sowie echte  
y-Reis-Stärke  
ngenfett  
empfehl  
Wohlgemuth.  
uhbringendem Zwe  
oder Kredit  
wende sich unt. Dav  
n. Verhältn. an die  
Allgemeine Beleh  
at-Darleben-Anstalt,  
haben, Zammstr. -  
laub. Dankschreiben  
in jeden Standes be  
rasche, verschwiegen  
u. vorzüglich  
bwicklung, Zufahrt  
irgt. Briefaufsch  
Jahr in Paba.  
olaxin  
des Vorbeugung  
Hauterkrankungen  
e für Schömburg;  
el, Friseurgeschäft  
Frauen  
verwenden bei  
Beschwerden und  
Sitzungen aus  
Wäpste Tropfen  
Flasche 10 Mark  
diätetischer Rohver  
sand.  
Rif. Raub  
Sanitätsgelehrte  
Medico  
Kürnberg  
Karlshausstr. 47.  
renalb.  
Reibiges  
ädchen  
und Zimmerdienst  
ehungsheim u.  
altungsschule  
tenburg.  
iges  
ädchen  
r und Laden auf  
r in Danerfeld  
Angebote mit  
ädchen unter Nr. 96  
Malergeschäftstelle.  
paca-  
tmacherin  
Verdienst gesacht.  
gestellt, und Bana  
tionen laufend be  
den.  
boten unter Nr. 17  
Malergeschäftstelle.



Stockholm, 15. Nov. Die Akademie der Wissenschaften hat beschlossen, den Nobelpreis des Jahres 1918 für Physik dem Professor an der Universität Berlin, Hans, den des Jahres 1919 dem Professor an der Universität Berlin, Max, und den Nobelpreis des Jahres 1918 für Chemie dem Professor an der Universität Berlin, Haber, zu verleihen. Die Verteilung des Nobelpreises des Jahres 1919 für Chemie ist für das kommende Jahr vorbehalten worden.

Paris, 14. Nov. Gestern abend ist dem Sekretariat der Friedenskonferenz eine von Sarajewo unterzeichnete bulgarische Note überreicht worden, die bekannt gibt, daß Bulgarien bereit ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. — Für den 17. November erwartet man in Paris die Ankunft der deutschen Delegierten, die mit der Unterzeichnung des Protokolls über die Ausführung des Waffenstillstands beauftragt sind. Die Delegation ist geführt von dem Bevollmächtigten o. Simons. Herr o. Leroux wird ihr ebenfalls angehören. Der Delegation sind auch Fachleute beigegeben. — Rumänien hat sich bereit erklärt, ohne jeden Vorbehalt den Frieden von St. Germain zu unterzeichnen.

London, 14. Nov. Im Parlament erklärte der Staatssekretär der Marine Lord, daß die Kosten des Schlachtschiffbaus auf 50 Millionen Pfund geschätzt würden. Die englischen Schlachtschiffe in der Ostsee hätten betragen 1 leichter Kreuzer, 2 Zerstörer, 1 Unterseeboot und 3 Küstenschutzboote. Der Unterstaatssekretär des Meeres beschränkt, daß die an Finnland gerichtete Note einen Druck im Sinne eines aktiven Vorgehens gegen Sowjetrußland, bedeute. Benar Law stellte fest, daß ein Friedensschluß mit der Türkei unmöglich sei, bevor die Vereinigten Staaten ratifiziert hätten.

Oppositionsrede und Annahme des ersten Vorbehalts zum Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Washington, 15. Nov. Die Opposition gegen den Völkerbund hat ihre ersten sicheren Erfolg zu verzeichnen, indem der erste der Vorbehalte zum Friedensvertrag angenommen wurde, dem noch viele folgen werden. Die Zweidrittel-Mehrheit des Senats ist nicht mehr zu erzielen. Nach Senator Needs Ausführungen im Senat ist hauptsächlich die Stimmung gegen den Vertrag so stark geworden und wirtte so überaus, daß selbst Wilsons Freunde nicht handhaben konnten. Needs sagte auch in seiner Einleitung, daß Wilson alles versprochen, aber nichts gehalten hätte. Er führte folgendes aus:

Die erste schwere Enttäuschung von Paris war, daß die offenen Verhandlungen hinter nicht verschlossenen Türen stattfanden. Die Kadelverbindungen standen unter Zensur und diese Zensur war so eingerichtet wie die Welt vorher noch nicht gesehen hatte. Eine Verschönerung der Finanzlage kam zustande um den von ihnen gewollten Frieden und den Völkerbund durchsetzen zu können. Das amerikanische Volk wußte nicht und konnte nicht wissen, daß die Vereinigten Staaten als Agenten benutzt wurden, um für diese Herren die ausstehenden Gelder einzufordern. Endlich hielt es der Präsident für angebracht, das Friedensdokument dem Kongress zu übergeben und sofort wurde auch hinzugefügt, daß dieses Dokument ohne die geringste Änderung angenommen werden müsse, um den Frieden der Welt zu erhalten. Diejenigen, die daran zu kritisieren wagten, wurden verächtlich behandelt und öffentlich beschimpft.

Jetzt wissen wir, daß dieser Völkerbund nichts weiter ist als eine Kombination der großen Mächte um ihren Willen der Welt aufzuzwingen. Die Freiheit der Meere wurde versprochen, aber auf Verlangen Englands wurde schnell davon wieder Abstand genommen. Überall sollte abgerüstet werden und England erhöht seine militärische Streitkräfte von 300 000 auf eine Million Mann. Ein Teil der Kriegsschiffe wurde zum alten Eisen geworfen und durch neue Großkampfschiffe ersetzt. Englische Diplomaten erklärten, sie würden den Völkerbund niemals gegen ihre Kampflotte eintauschen. Frankreich traf ähnliche Vorbereitungen, Italien steht dem nicht nach. Japan baut fortwährend neue Kriegsschiffe und die Vereinigten Staaten, die bis jetzt nur ein Heer von 80 000 Mann hatten, sollen auf einmal ein Heer von 500 000 Mann haben. 915 Millionen Dollars sollen wir für die Kriegsbereitschaft unter dem Friedensvertrag und unter dem Völkerbund ausgeben. Jeder amerikanische Junge von 19 Jahren soll zum Militärdienst herangezogen werden und durch eine Zwangsaushebung werden Tausende eingezogen. Das preußische System, das die Schuld an Deutschlands Verderblichkeits trägt, haben wir verurteilt und es nun selber bei uns einzuführen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte durch den Friedensvertrag und den Völkerbund gewähr-

leistet werden und nun hat England nicht nur Ägypten mit 9 Millionen Einwohnern, sondern auch Persien annektiert. Wir haben zugelassen, daß China, unser Verbündeter, durch Japan Schandungsbetrug wurde und damit haben 38 Millionen Bewohner ihr Selbstbestimmungsrecht verloren. Wir selber haben uns im Senat darüber leicht hinweggesetzt und nur zugestimmt, daß ein milder Protest gegen diesen Raub erhoben wurde. Laut Artikel 10 werden unsere Soldaten, die eben erst zurückgeführt sind, wieder über das Meer geschickt, um die Kriege fremder Nationen auszufechten zu helfen.

Wenn wir in diesen jamosen Völkerbund eintreten, dann liefern wir jede Frage, die uns allein betrifft, der Entscheidung fremdländischer Nationen aus. Wir haben dann in keiner wichtigen Frage mehr ein Bestimmungsrecht, sondern müssen uns der Entscheidung der Ausländer fügen. England hat 6 Stimmen in diesem Debattierklub, denn weiter ist dieser Völkerbund nichts; aber Amerika hat nur eine Stimme und dann kommt der Präsident und sagt, diese Stimmenungleichheit habe gar nichts zu bedeuten. Der Völkerbund soll die gemeinste und niederträchtigste Klasse, die Hungerbiroide, Junktionieren. Nicht die Männer, die mit dem Gewehr in der Faust im Schützengraben stehen, werden davon betroffen, sondern unschuldige Frauen und Kinder dahinten. So leben die Sengungen dieses Bundes aus, in den Amerika eintreten soll, den Amerika sanktionieren und unterstützen helfen soll, und solchen Plänen soll Amerika zustimmen, sich selbst fremden Vandalen ausliefern, die nichts mit ihnen gemein haben, weder in Sprache, noch Ueberezeugung, noch Gesinnung.

Annahme der Vorbehalte zu Artikel 10.

Washington, 13. Nov. Im Verlaufe der Diskussion über den Friedensvertrag im Senat wurde eine Motion bekannt, welche erklärt, daß die Vereinigten Staaten Frankreich während einer Periode von fünf Jahren zu unterstützen hätten um dessen Souveränität in Elsass-Lothringen aufrechtzuerhalten, mit 48 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Nach fruchtlosen Versuchen, die Vorbehalte zu amendieren, welche die Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten gegen Artikel 10 formuliert hatte, nahm der Senat diese Vorbehalte, mit 48 gegen 33 Stimmen an.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

— Auf Grund der im September und Oktober d. J. abgehaltenen Prüfungen sind 174 Lehramtsbewerber zur unbedingten Verwendung im Volksschuldienst für befähigt erklärt worden und zwar am Lehrseminar in A. g. o. l. d. 22, darunter Prof. Richard, von Calambach, D. A. Reuenbürg.

Reuenbürg, 17. Nov. Der heute erstmals in Kraft tretende sog. Walschplan bringt recht unliebsame Störungen, insofern der Vormittagszug 966 Richtung Forstheim-Waldbad—Reuenbürg ab 9.51 und der Nachmittagszug 965 Richtung Forstheim—Waldbad Reuenbürg ab 12.33 Uhr von heute ab ausfallen.

Reuenbürg, 17. Nov. Die Fahrplänenänderungen, die durch Einschränkung des Personenzugverkehrs am 17. November eingetreten sind, werden durch Anschlag auf den württembergischen Stationen bekannt gegeben.

Reuenbürg, 15. Nov. Das Bestreben, ihre Interessen besser zu wahren, hatte eine größere Zahl von Hausbesitzern am Samstag abend im Bärensaal zusammengeführt. Der Vorsitzende, Schneidermeister W a d e n h u t, leitete nach begründenden Worten an die Versammlung, an welcher seitens des Forstheimer Haus- und Grundbesitzervereins die Herren Vorstand V e n z und Geschäftsführer Architekt H e r i n g teilnahmen, mit, daß der Gemeinderat eine neutrale Haltung einnehmen wolle und deshalb von einer Vertretung als solcher abstehe. Herr Wadenhut konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Mitgliederzahl seit der Gründungsversammlung sich verdoppelt habe und fast sämtliche Hausbesitzer umfasse. Die gegenwärtige Zeit mache es auch für die Hausbesitzer zur zwingenden Notwendigkeit, sich zusammen zu schließen, denn seitens der Regierung genieße die Vermieter keinen besonderen Schutz. Der Staat wisse wohl, welche Lasten den Vermieter drücken, trotzdem verleihe er sich dessen gerechten Forderungen. Man könne wohl einen Mietererwerb, aber die Rechte der Vermieter werden überall beschnitten, sogar die freie Verfügung über den eigenen Hausbesitz sei ihnen entzogen. Es wäre nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn seitens des Staats und der Behörden dem Hausbesitzer bei Ertragung der ihm auferlegten Lasten ein höheres Entgegenkommen gezeigt würde. Die Forderungen der Vermieter bestehen in einer besseren Besatzung der vermieteten Wohnungen und in einer Eingabe an die Behörden

zwecks einer besseren Interessensvertretung vornehmlich bei Besetzung des Mietvereinsamts. Es sei eine völlig ungerade Behauptung, wenn von einem Mieter gesagt worden sei, die Vermieter hätten noch immer die Mieter ausgebeutet; mit einem Mietaufschlag würde es nichts sein, eine Verbesserung durch in keiner Weise stattfinden. Diefem einseitigen Urteil stehen Zeugnisse gegenüber, die die Mieter schon jahrelang auf Kosten der Vermieter gewohnt haben, daß die Mieter mit einem Aufschlag rechnen, denn eine Mietzinsverhöhung sei genügend begründet in dem in den Häusern angelegten Kapital, den gesteigerten Ausgaben und Steuern und nicht zuletzt in dem angesichts der gesteigerten Reparaturkosten hohen Unterhaltungsaufwand. Kein recht und billig denkender Mieter könne sich einer massenhaften Erhöhung der Mietzinsen verweigern. In seinen weiteren Ausführungen gab der Vorsitzende Kenntnis über das Ergebnis der an das Mietvereinsamt gerichteten Eingaben betr. Zusammensetzung desselben und Aufstellung von Richtlinien, wenn es sich um Kündigungen handelte, deren Ursache in einer Mietpreissteigerung liege. Das Amtsgericht als Mietvereinsamt habe diesen Anträgen gegenüber sich ablehnend verhalten und u. a. sich geweigert, bezüglich der Mietzinsverhöhung gewisse Richtlinien aufzustellen; Entscheidungen in Streitigkeiten müßten von Fall zu Fall getroffen werden; eingezogene Kündigungen lassen den Schluß zu, daß eine Verweisung von 7—7½ Prozent zweifellos zu hoch sei.

Geschäftsführer Architekt H e r i n g bemerkte dazu, wenn das Amtsgericht sich auf den Standpunkt stelle, daß eine Rente von 7—7½ Prozent zu hoch sei, so verkenne es vollständig die gegenwärtigen Verhältnisse. Die ungeheure Steigerung der Unterhaltungskosten der Gebäude, die gewaltigen Steuern auf Einkommen aus Grund und Boden machen es für den Hausbesitzer unbedingt nötig, daß er sich dagegen sichert und zwar sobald durch eine entsprechende Erhöhung der Mietpreise. Allgemein dringe das Erkenntnis durch, wolle der Vermieter seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Tatsache, daß die Sparkassen völlig im Wettrennen seien, zeige, daß Geld genug in der Bevölkerung sei, und wenn einmal ein Mieter in Rot sei, dann hätte die Desfunktibilität einzugreifen. Alles zum Leben Notwendige sei teurer geworden, nur an die Erhöhung der Miete wolle man nicht herangehen. Die Vermieter dürfen sich deshalb nicht abhalten lassen, alsobald an ihre Mieter in diesem Sinne heranzutreten, zu welchem Zweck geeignete Formulare zur Verfügung stehen, deren Wortlaut bekannt gegeben wird. Auf eine Anfrage aus der Versammlung, wenn man jetzt kündigen könne, bemerkte Redner, daß man nicht die Absicht einer Kündigung sondern eine Mietpreisverhöhung verfolge, erstere soll nur in dem Falle in Frage kommen, wenn der Mieter die Mietpreisverhöhung nicht anerkenne. In diesem Falle hätte das Mietvereinsamt in Tätigkeit zu treten und die Miete angehebt werden, daß dessen Zusammensetzung neben Mietern aus Vermietern bestehe u. zwar aus Mitgliedern des Hausbesitzervereins. In Forstheim seien wiederholt in solchen Fällen Räumungsurteile ergangen. Der einzelne Vermieter könne nicht viel ausrichten, wenn hinter ihm aber eine geschlossene Vereinigung stehe, sei an der Durchbringung einer durch Tatsachen begründeten Mietpreisverhöhung nicht zu zweifeln.

Vorstand V e n z gab aus seiner praktischen Tätigkeit als Mitglied des Forstheimer Wohnungs- und Mietvereinsamts interessante Aufschlüsse und Winke. Er bedauerte, daß sich der Gemeinderat von Reuenbürg wie der Vorsitzende des Mietvereinsamts nicht einzufinden hätten; dieselben hätten sich persönlich damit überzeugen können, daß die Vermieter nur eine gerechte Sache verfolgen. Im beiderseitigen Interesse liege es, daß sich Mieter und Vermieter über eine angemessene Mietpreisverhöhung verständigen. Seine aus der Praxis geschöpften Mitteilungen wüßte er besonders anregend zu gestalten. So interessierte vor allem die Tatsache, daß die Stadt Forstheim zur Steuer der Wohnhausnot Häuser baue, die bei kleinstem Raum Preise von 52 000 bis 67 000 Mark kosten; ein Hauschen mit einer Zweischlammwohnung stelle sich auf 24 000 Mark. Solche Summen rechtfertigen mehr denn alle andere die Forderung der Vermieter nach höheren Mietpreisen. In Forstheim sei der Satz einer 7½—8-prozentigen Rente für die Hausbesitzer von den Gewerkschaften anerkannt worden. Ein Mietpreissteigerung wurde allerorts berücksichtigt, auch Reuenbürg könne davon keine Ausnahme machen. Das im Grundbesitz angelegte Kapital müsse mit 5 Prozent verzinst werden, wozu noch entsprechende Zuschläge für Steuern, Abschreibungen, Unterhaltungsaufwand usw. kommen, so daß die Forderung einer Rente von 7 bis 7½ Prozent keine übertriebene sei. Der Beamte, der in einer

### Die feindlichen Brüder.

Von Heinrich Riff.

20. „Nichts“ entgegnete dieser. „Weshalb hat er auf meine Mahnung nicht gehört.“

„Das — das werde ich schwer überwinden!“ rief Sulzer seufzend aus und verließ mit dem Notar das Zimmer.

Erich und Christine waren über diesen Ausgang nicht weniger bestürzt.

Der Richter trat zu Erich und reichte ihm die Hand.

„Es tut mir leid, daß der letzte Wille Ihres Vaters nicht zur Ausführung gelangt ist, ich konnte jedoch nicht anders handeln.“ sprach er. „Sie hätten einen Prozeß anfangen können, allein Sie würden ihn nimmermehr gewonnen haben, es ist deshalb für Sie besser so.“

„Ich habe mich gefügt — unglücklich macht es mich nicht, daß ich den Hof nicht erhalten habe.“ gab Erich zur Antwort.

„Das ist recht, so spricht ein Mann, wie Sie überhaupt als Mann sich benommen haben! Jeder hätte nicht so viel ertragen. Aber ich begreife Sie und rate Ihnen, daß Sie Ihrem Bruder ausweichen.“

Als Erich mit der Schwester das Gerichtsgebäude verließ, zitterten beide vor Aufregung.

„Erich, ich werde dir die Hälfte meines Erbteils geben.“ rief Christine und erfaßte die Hand ihres Schweigend neben ihr hinstreichenden Bruders.

„Erich schüttelte ablehnend den Kopf.“

„Nein, ich nehme es nicht.“ sprach er. „Dein Erbteil bleibt dir. Ich habe bis jetzt glücklich gelebt, weshalb sollte ich jetzt weniger glücklich sein! Ich werde es überwinden, daß ich mich einige Tage lang mit der Hoffnung getragen habe, den Hof zu erhalten.“

Sie schloßen wieder schweigend nebeneinander hin.

„Wißt du bei Binzenz bleiben?“ fragte Erich dann.

„Nein, nein, das kann ich nicht!“ rief das Mädchen weinend.

„Komm mit zu mir, dann kannst du in Ruhe überlegen, was du beginnen willst. Wir lassen uns durch den Notar dein Erbteil auszahlen und wenn wir uns beileben, können wir noch heute abend oben anlangen. Wißt du?“

Christine drückte ihm zustimmend die Hand.

„Und nun noch einen Rat.“ fuhr Erich fort. „Geh gar nicht wieder auf den Hof, deine Sachen kannst du dir nachschicken lassen, denn du würdest das Haus nicht ohne Ärger betreten und nicht ohne Beleidigung verlassen!“

Christine nickte zustimmend.

„Einen Schlitten werden wir im Torfe schon bekommen, der Schnee leuchtet und ohnehin lenne ich den Weg genau. Mag es auch Nacht werden, ehe wir oben anlangen, Grete wick uns umso freudiger empfangen und du findest Ruhe bei uns.“

Die Schwester war mit allem einverstanden.

Die Nacht war herein gebrochen, als die Pferde den Schlitten, in dem Erich und Christine saßen, langsam und mühsam den Berg emporzogen. Der Knecht, der sie fuhr, verwünschte die unwegsame Straße und den tiefen Schnee, und seinen Unwillen mußten die Pferde büssen.

Endlich strahlte ihnen Licht aus dem kleinen Hause entgegen.

„Grete erwartet mich, ich wußte es wohl!“ rief Erich, und länger ließ es ihn nicht im Schlitten. Er sprang hinaus und eilte voraus. Und als kurze Zeit darauf der Schlitten vor dem kleinen Hause anhielt und Christine in die niedrige Türe eintrat, streckte sich ihr eine Hand entgegen und ein paar freundliche Augen begrüßten sie, und sie las aus diesen Augen, daß sie willkommen war. Es war ihr ums Herz, als ob sie alle Sorge und allen Gram im Tale zurückgelassen habe.

9.

Der Frühling kam. Unten im Tale grüntem herrlich die Wiesen, an den Abhängen blühten die ersten Veilchen. Oben, an der einen Seite des kleinen Hauses und an den Feldwänden, wohin die Sonne wenig drang, lag noch hoher Schnee, die Nächte waren noch kalt, und Morgens schimmerten die dünnen Blätter und Steine im Reif, als ob wieder vierzehn Tage vergangen wären, da trieben auch dort die Knospen an den Sträuchern und in wenigen Tagen war alles grün.

In dem kleinen Hause war es längst Frühling. Nun dann und wann eine düstere Stimmung über Erich, dann hielt Grete ihm den prächtig arbeitsenden Jungen entgegen, und jeder Schatten schwand aus seinem Gesicht.

Christine hatte ein solches stilles, sich selbst grübendes Gesicht nie kennen gelernt, und sie hatte das Gefühl, als ob sie nach langen, trübigen Tagen plötzlich in den leuchtenden Sonnenschein getreten wäre. Ihr eigenes Herz wurde weicher. Sie liebte Grete und liebte das Kind, und begriff vollständig, wie Grete sich aus den Verhältnissen des kleinen Hauses gar nicht fortzöge.

Ihr Geld war auf sichere Hypothek angelegt, und wenn Erich von ihrer Zukunft sprach, überkam sie ein Gefühl des Bangens, denn sie hatte nur das eine Verlangen, bei ihm zu bleiben.

Unten im Tale auf dem Gehöfte des Bauern ging es weniger still und auch weniger friedlich her. Die achtundvierzig Stunden Hof, welche Binzenz zu verwalten hatte, waren gleichsam zum Verhängnis für ihn geworden, denn als er zurückgekehrt war, hatte Dorthea bereits vollständig die Hängel der Herrschaft in die Hand genommen, und sie ließ sich dieselben nicht wieder entreißen. Sie glaubte jetzt ein wohl begründetes Recht zu haben, ihrem Manne ihre Geringschätzung zu zeigen, und Binzenz besah nicht die Kraft, diesen Fied von seiner Ehre wieder abzumachen.

(Fortsetzung folgt.)





